

FINANZKRISE TRIFFT ENTWICKLUNGSLÄNDER VERLIERER SIND ARME UND HUNGERNDE

Nr.7 / April 2009

Überblick

Am 2. April treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) in London zum zweiten Finanzkrisengipfel. Der Gipfel steht in einer Reihe von Konferenzen, die sich mit den Ursachen der globalen Finanzkrise und möglichen Ansätzen für eine Reform des Finanzsystems beschäftigen. . Denn nachdem es zunächst so aussah als wären die Entwicklungsländer nur wenig von der Finanzkrise betroffen, lassen erste Prognosen inzwischen das Schlimmste befürchten. Die Kindersterblichkeit könnte in Folge der Finanzkrise um 200-400.000 Kinder pro Jahr steigen. Mindestens 53 Millionen Menschen mehr werden unter die absolute Armutsgrenze fallen. Die Einkommen der 390 Millionen ärmsten Afrikaner werden um bis zu 20% sinken. Ursachen für diese Misere sind unter anderem der Abzug von Investitionen aus Entwicklungsländern, Exporteinbrüche, das Ausbleiben der Auslandsüberweisungen von Familienangehörigen. Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer verdienen daher beim Finanzgipfel eine besondere Aufmerksamkeit. Geeignete Instrumente müssen gefunden werden, um die Folgen der in den Industrieländern verschuldeten Krise für die Entwicklungsländer abzufedern. Eine angemessenere Beteiligung der Entwicklungsländer an der Reform der Finanzarchitektur ist dabei unverzichtbar.

Noch zur Zeit des letzten G 20 Gipfels in Washington waren die Auswirkungen der Finanzkrise in den Entwicklungsländern anders als in den Industrieländern nur wenig sichtbar.¹ Während die Finanzkrise in den Industrieländern bereits in 2008 einen erheblichen Rückgang der Wachstumsraten verursachte, prophezeit der Finanzminister von Malawi für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 8%, und Nigerias Wirtschaft wird voraussichtlich um 9% wachsen. Die chinesische Regierung rechnet gar mit einer Wachstumsrate von 10% und viele afrikanische Länder immerhin mit 6-7%. Während in den Industrieländern die Börsenkurse um über 40% gefallen sind, Investmentbanken zu Dutzenden zusammenbrechen und milliarden-schwere Rettungspakete geschnürt werden, die das System vor dem Kollaps retten sollen, während die Zinsen allerorts gesenkt werden und zentrale Indikatoren für wirtschaftliche Aktivitäten wie beispielsweise der Frachtsatz einen erheblichen Preisverfall verzeichnen, schien es

zunächst als würde die globale Finanzkrise an den Entwicklungsländern vorbeigehen. Doch der Schein trug. Inzwischen zeigen sich die ersten Anzeichen der Krise auch in den Ländern des Südens. Deren Bevölkerung gehört zu den eigentlichen Verlierern des durch die Maßlosigkeit und Profitgier verantwortungsloser Banker und ihrer Kunden hervorgerufenen Desasters. Anders als in vielen Industrieländern werden die Folgen für den Einzelnen jedoch nicht durch soziale Sicherungssysteme abgefedert werden und Wirtschaft und Bevölkerung können von internen Konjunkturprogrammen nur träumen. Hunger und Armut drohen sich zu verschärfen, die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele könnte in noch weitere Ferne rücken.

Investitionen werden abgezogen

Bereits jetzt sind die Folgen der Finanzkrise für ausländische Investitionen, die so genannten *Foreign Direct Investments*, in Entwicklungsländern zu spüren. Die unter Druck geratenen Finanzinstitutionen ziehen Investitionen ab, um ihre Liquidität zu erhöhen. Das Ergebnis der ausbleibenden Kapitalzuflüsse ist neben stei-

¹ Die vorliegende Ausgabe des Brennpunktes ist eine aktualisierte Version des Brennpunkt Nr. 5, November 2008, der anlässlich des ersten G20 Gipfels zur Finanzkrise erschien.

genden Finanzierungskosten und Liquiditätsengpässen auch ein Abwertungsdruck auf die Währung wie er sich in Indonesien, Thailand und Vietnam, aber auch in Indien und Brasilien und vielen anderen Ländern zeigt. Damit wird ein Kreislauf in Gang gesetzt. Denn die erhöhten Finanzierungskosten machen Investitionen zusätzlich weniger attraktiv und führen letztendlich zu einem Rückgang des Wachstums.

Drohende Kreditklemme

Ebenso wie die direkten Investitionen wird auch die Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer unter Umständen von der Finanzkrise beeinträchtigt werden. Zwar sind die Auswirkungen auf Kredite für Nichtbanken derzeit sehr begrenzt. Momentan leihen sich lediglich die Banken untereinander kein Geld – mit den bekannten katastrophalen Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem.

Je nachdem, wie gut die Sanierung der Finanzmärkte gelingt, besteht jedoch die Gefahr, dass es zu einer weltweiten Kreditklemme kommt. Noch immer sind weit über die Hälfte der Entwicklungsländer auf Auslandskredite angewiesen. Vor allem die ohnehin extrem armen Länder hätten unter einer Kreditklemme zu leiden, denn es wäre in Folge von steigenden Risikoprämien mit explodierenden Refinanzierungskosten zu rechnen.

Exporteinbrüche

Das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft beschränkt sich nicht auf die Industrieländer. Über die internationalen Handelsverflechtungen wirkt sich der Produktions- und Konsumrückgang in westlichen Ländern sowie Indien und China insbesondere auf die Exportwirtschaft der Entwicklungsländer aus. Besonders betroffen davon sind Länder, die direkt in die von der Krise in Mitleidenschaft gezogene Länder exportieren. Vermutlich wird beispielsweise die mexikanische Exportwirtschaft aufgrund ihrer engen Verflechtung mit den USA mit erheblichen Einbußen rechnen müssen.

Ähnlich stark betroffen sind jene Länder, deren Exportprodukte besonders den Preiseinbrüchen unterliegen. Denn die mit Wachstumsrückgang oder sogar Rezessionen verbundene sinkende Nachfrage nach Rohstoffen wie Öl und Kupfer führt zu sinkenden Preisen auf dem Weltmarkt. So wird etwa Sambia stark durch die sinkenden Kupferpreise getroffen werden, und Argentinien wird herbe Verluste bei den Sojaexporten hinnehmen müssen. Produzenten von Erdnüssen, Baumwolle und Ananas bleiben auf ihren in der Regel nicht haltbaren Erzeugnissen sitzen oder müssen unter den Herstellungskosten verkaufen, weil sie den Erlös zum Überleben benöti-

gen. In Peru sind die Hauptleidtragenden der Finanzkrise die Züchterfamilien von Alpacas. Die Weltmarktnachfrage nach der hochwertigen Alpaca-Wolle ist praktisch kollabiert. Die von der Alpaca-Zucht lebenden Familien erhalten nur noch 10% des ursprünglichen Weltmarktpreises. Im Departement Ayacucho, wo die Welthungerhilfe mit eigenen Projekten vertreten ist, sind etwa 4000 Familien von der Situation betroffen. Sie leben in den Hochandengebieten fast ausschließlich von der Alpaca-Zucht und dem Wollverkauf.

Durch die hohe Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten werden die Exporteinbrüche noch verschärft. Denn der US Dollar wird langfristig noch schwächer notieren als bisher. Die dadurch verbesserte Wettbewerbsposition der USA insbesondere bei verarbeiteten Konsumgütern, aber auch bei Rohstoffen wie Baumwolle führt zu einer stärkeren Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Je nachdem, in welchem Verhältnis Importe und Exporte in einem Land stehen, kann diese Entwicklung jedoch auch zu positiven Effekten für einzelne Länder führen. Energieimporteure werden entlastet.

Sinkende Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit

Neben Exporteinbußen, sinkenden Direktinvestitionen und einer drohenden Kreditklemme stehen auch Auswirkungen auf staatliche Entwicklungshilfeszahlungen zu befürchten. Aufgrund der Milliarden schweren Sicherungspakete sind die finanziellen Spielräume der Politiker in den Industrieländern eingeschränkt. Frühere Finanzkrisen, z.B. in Finnland, Norwegen und Schweden 1991 und in Japan nach dem Platzen der Immobilienspekulationsblase 1990, lassen befürchten, dass die Bereitschaft zu einer Erhöhung der Entwicklungshilfegelder sinkt. Denn die finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit dieser Länder wurden nach den Krisen erheblich reduziert.

Schon jetzt gibt es erste Hinweise darauf, dass diese Dynamik auch bei der derzeitigen Krise einsetzen wird. So kündigte der gerade gewählte US Präsident Barack Obama in seinem Wahlkampf an, dass die finanziellen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit vermutlich nach unten korrigiert werden müssten. Zwar bekräftigten die Geberländer im Rahmen der Doha Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im November 2008 ihre Zusage, die Mittel für Entwicklungshilfe zu erhöhen. Doch Länder wie Österreich, Irland und Italien gaben unlängst bekannt, dass sie ihr Budget für die Entwicklungszusammenarbeit kürzen werden. Und selbst wenn es durch Lobbyarbeit gelänge, in Europa einen Einbruch der ODA-Quoten zu

verhindern, ist abzusehen, dass sich die real transferierten absoluten Beträge verringern werden. Denn aufgrund des sinkenden Wirtschaftswachstums werden auch die Steuereinnahmen in den Geberländern sinken.

Die Folgen für Entwicklungsländer wären fatal. Dringend benötigte Ressourcen für die Ausstattung der ländlichen Infrastruktur der Entwicklungsländer mit Verkehrswegen, Elektrizität und Telekommunikation werden fehlen. Sie sind aber die Voraussetzung dafür, dass Marktanreize überhaupt bei den Produzenten ankommen, damit ihre Güter die Märkte erreichen. Aufgrund des Fehlens von Kleinkrediten werden Investitionen in die Verbesserung kleinbäuerlicher Produktionssysteme - etwa durch Bewässerung, die Anwendung moderner Produktionsmethoden wie Düngereinsatz und Pflanzenschutz oder die Aussaat ertragreicher Pflanzensorten - unterbleiben.

Weniger Überweisungen von Migranten

Schließlich wirkt sich die Finanzkrise auch auf die Zahlungen von Migranten an ihre Heimatländer (die so genannten *remittances*) aus. Diese Überweisungen übersteigen die offizielle Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Im Jahre 2008 waren laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) weltweit mehr als 200 Millionen Personen auf Arbeits- und Einkommenssuche im Ausland. Sie unterstützten allein in diesem Jahr ihre daheim gebliebenen Familien mit Überweisungen in Höhe von 335 Milliarden US\$, d.h. ca. 200 Millionen Familien erhielten durchschnittlich 1.500 US\$ für ihren Lebensunterhalt. Bei einer Familiengröße von 5 Personen waren damit weltweit mindestens 1 Milliarde Menschen von dem Einkommen der Arbeitsmigranten abhängig.

Aufgrund des Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums werden weniger Arbeitsmigranten in die Industrieländer einreisen. Für Mexiko, El Salvador, und Honduras liegen bereits Zahlen vor, die den Rückgang der Überweisungen bestätigen. Auch in Tadjikistan sind im vierten Quartal 2008 die Geldüberweisungen aus dem Ausland um 50-60% gesunken. Das entspricht 20% des Bruttoinlandsproduktes des Landes.² Daniel Bronkal Regionaldirektor der Welthungerhilfe für Zentralasien, berichtet: „Seit Januar hat Russland aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit die offizielle Einreisequote für tadjikische Arbeiter drastisch gesenkt. Tadjikistan hat bereits in Südkorea und Japan nach Arbeitsmöglichkeiten für tadjikische Gastarbeiter angefragt.“ Doch angesichts der drastischen

Einbrüche des Wirtschaftswachstums in Japan sind auch hier die Aussichten auf Beschäftigung eher gering.

Mögliche Ansatzpunkte

Die genannten Einflussfaktoren müssen alle für sich genau verfolgt und beobachtet werden. Jede dieser Variablen übt direkten Einfluss auf Entwicklung und Wachstum aus und erfordert ihre eigene Antwort. Auf mindestens drei Ebenen muss angesetzt werden. Erstens müssen anlässlich der Finanzkrise neue Regeln geschaffen werden, die das Finanzsystem zukünftig nicht nur stabilisieren und Krisen verhindern, sondern auch andere Defizite des gegenwärtigen Systems angehen. Diese Regeln müssen zweitens aus einer Reform der Global Governance hervorgehen. Neue Institutionen müssen geschaffen werden, die sich durch eine größere Transparenz und stärkere Inklusion von Schwellen- und Entwicklungsländern auszeichnen und damit über eine breitere Legitimationsbasis verfügen. Schließlich muss ausgelotet werden, welchen Beitrag die Entwicklungszusammenarbeit bei der Bewältigung der Finanzkrise leisten kann und wie die Millenniumsentwicklungsziele trotz Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern erreicht werden können.

Stärkere Regulierung

Insgesamt ist eine stärkere Regulierung des Finanzsektors unumgänglich. Die derzeit kursierenden zahlreichen Reformvorschläge dürfen jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass es nicht um eine Stabilisierung des derzeitigen Systems gehen kann, sondern dass eine systemische Neuorientierung erforderlich ist. Es darf nicht um oberflächliche Anpassungsmaßnahmen gehen, die den Status Quo im Wesentlichen erhalten.

Im Rahmen dieser Neuorientierung müssen unter anderem umfassende Standards für alle Finanzprodukte erarbeitet, eine Zulassungsprüfung für neue Finanzprodukte eingerichtet und Leerverkäufe (die Spekulation auf fallende Börsenkurse) grundsätzlich unterbunden werden. Wir benötigen Regeln, die insbesondere die Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel verhindern sowie wirkungsvolle Maßnahmen gegen Steueroasen vorsehen. Banken, die Filialen in den so genannten Offshore-Zentren unterhalten, müssen gezwungen werden, diese zu schließen. Das Bankgeheimnis für diese Banken muss aufgehoben und Strafsteuern auf Transaktionen mit Offshore-Zentren angedacht werden. Prinzipiell muss der Druck zur Teilnahme am internationalen Informati-

² D.Usmon, ehemaliger tadjikischer Wirtschaftsminister, 21.01.2009, www.eurasianet.org

onsaustausch auf Steuerparadiese wie die Schweiz oder Liechtenstein erhöht werden.

Neue Finanzarchitektur

Die Entwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren Finanzsystems kann nur unter angemessener Beteiligung der Entwicklungsländer geschehen. Mit der Erweiterung der Finanzgipfel auf 20 Staaten – bis vor kurzem war noch die Rede von G8+5 – ist bereits ein wichtiger Schritt in Richtung einer stärkeren Repräsentanz der Länder jenseits der G8 und einer Reform des Global Governance Systems getan. Die G20 repräsentieren rund zwei Drittel der Weltbevölkerung und beinahe 90% der globalen Wirtschaftsleistung. Ein großer Teil der Welt, die Entwicklungsländer, bleibt jedoch unbeteiligt. Dabei werden diese Länder in erheblichem Maße von der in den Industrieländern verursachten globalen Finanzkrise betroffen sein.

Die Basis für ein reformiertes Finanzsystem könnte ein neues Bretton Woods sein, so wie es von den Vertretern der Entwicklungsländer im Vorfeld der UN Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha Ende 2008 (s.u.) gefordert worden ist. Die oben genannten und andere Reformen sollten von einer neuen zentralen Institution koordiniert werden. Denkbar wäre etwa eine erweiterte G20 mit jeweils mindestens einem Repräsentanten eines „Least Developed Country“ aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Dabei sollte die Teilnahme und aktive Beteiligung von Gewerkschaften und Konsumentenorganisationen institutionalisiert werden. Diese neue Institution müsste in das UN System integriert werden. Die Beziehungen zwischen Vereinten Nationen und den Bretton Woods-Institutionen müssen reformiert werden. Unter anderem müsste der IWF als Exekutivorgan in die neue zentrale Institution integriert werden, die WTO müsste Kompetenzen abgeben. Das Mandat der Weltbank sollte neu definiert werden und sich auf Armutsbekämpfung und die Förderung von globaler Gleichheit und Wohlstand konzentrieren.

Mehr Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit

Parallel zu diesen Prozessen darf aber auch die Entwicklungsfinanzierung nicht aus dem Blick geraten. Um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen ist es dringend notwendig, dass die bisher gemachten Zusagen zur Erhöhung der Hilfe in Doha bekräftigt und nicht zurückgenommen werden.

Gerade hat die Nahrungsmittelkrise den Blick auf die Verwundbarkeit aber auch die Potenziale ländlicher Räume gelenkt, die aufgrund jahr-

zehntelanger Vernachlässigung nicht ausgeschöpft werden konnten. Um den weltweiten Hunger zu halbieren braucht es kein 500 Milliarden Euro schweres Rettungspaket. Das internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington beziffert die für ein signifikantes weltweites landwirtschaftliches Wachstum erforderlichen Finanzmittel auf 14 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Für eine Steigerung der Produktion in Subsahara-Afrika wären demnach jährlich weniger als 2 Milliarden US-Dollar notwendig. Die Entwicklungszusammenarbeit könnte aber möglicherweise auch eine stabilisierende Funktion im Rahmen der Finanzkrise übernehmen. Institutionen, die Entwicklung finanzieren, könnten möglicherweise Risiken übernehmen und Investitionsflüsse in Entwicklungsländer fördern, um Rückgänge in anderen Finanzströmen abzufedern.

Quellen

- Attac (2008), Die Zeit ist reif: Das Casino schließen, <http://www.casino-schliessen.de/material/die-zeit-ist-reif/>
- Goldberg, Jörg (2008), Die Lage der Weltwirtschaft im Herbst 2008: Von der Finanzmarktkrise zur globalen Rezession?, Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Bonn.
- Te Velde, Dirk Willem (2008), The global financial crisis and developing countries, odi Background Note, London. <http://www.odi.org.uk>
- Volz, Ulrich und Peter Wolff (2008), Krisenmanagement für Entwicklungsländer: Noch keine Ordnung in Sicht, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn. <http://www.die-gdi.de>
- Wahl, Peter (2008), With Realistic Radicalism: Which approach to the upcoming er of reforms?, WEED, Berlin. <http://www.weed-online.org/themen/1834297.html>

Autorin

Katrin Radtke
Referentin Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 1
D-53173 Bonn
Phone: +49-228-2288-112
Fax: +49-228-2288-188



Sparkasse KölnBonn
Konto 1115
BLZ 370 501 98